

Bürgerbegehren Verbesserung Personalschlüssel

Vertretungsberechtigt sind: Erik von Malottki, Anna Eschenburg, Theresa Ahrenskrieger,

Bürgerbegehren:

Wir beantragen die Durchführung eines Bürgerentscheides im Landkreis Vorpommern-Greifswald mit der Frage: „Sind Sie dafür den Personalschlüssel in den Kindertagesstätten des Landkreises Vorpommern Greifswald in den nächsten 12 Monaten auf den Stand des Personalschlüssels im Landkreises Vorpommern-Rügen anzupassen?“ Begründung und Kostendeckungsvorschlag lag den Unterzeichnern bei Unterzeichnung vor.

Begründung:

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald verfügt über den niedrigsten Personalschlüssel in den Kindertagesstätten aller Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern¹. So sind in den angrenzenden Landkreisen Vorpommern-Rügen und Mecklenburgische Seenplatte wesentlich höhere Personalschlüssel für den Krippenbereich geregelt. Dies wirkt sich auf den gesamten KiTa Bereich in unserem Landkreis negativ aus. Ein besserer Personalschlüssel ist notwendig um eine bessere Betreuung und Bildung für Kinder in der Kinderkrippe, im Kindergarten und im Hort zu erreichen. Zugleich bedeutet es eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher, da im Personalschlüssel des Landkreises Vorpommern-Greifswald nur 26 Urlaubstage und 10 Krankheitstage vorgesehen sind. Das hat zur Konsequenz, dass die gesetzliche Fachkraft-Kind-Relation nicht immer eingehalten werden kann und in bestimmten Fällen größere Gruppen, als durch das Gesetz vorgesehen, gebildet werden müssen. Eine Erhöhung des Personalschlüssels würde für den Landkreis Kosten von ca. 1,5 Millionen Euro auslösen. Das sind weniger als 0,5% des gesamten Haushaltes. Für den Fall eines Erfolgs des Bürgerentscheids entstehen Kosten in Höhe von 1,58 Millionen Euro². Insgesamt werden bei einem Erfolg des Bürgerentscheides 60,99 Vollzeitstellen für Erzieher und Erzieherinnen neu geschaffen und in den KiTas eingesetzt.³ **Vorschlag zur Kostendeckung:** Die Ausgaben für die Verbesserung des Personalschlüssels sollen aus zusätzlichen Einnahmen bzw. Minderausgaben in Höhe von 10-11.5 Millionen Euro durch Übernahme der Kosten der Unterkunft durch die Bundesregierung finanziert bzw. gedeckt werden. Der Landkreis hatte hier bisher im Doppelhaushalt 2020/2021 Ausgaben von 41.702.500(41,7 Millionen) Euro eingeplant, die nun durch die Übernahme von zusätzlichen 25% der Kosten durch den Bund, um mindestens 10 Millionen Euro reduziert werden. Für diese Mittel ist bisher keine Verwendung durch die Landkreisverwaltung vorgesehen. Wir schlagen vor, einen Teil der Mittel für die Verbesserung des Personalschlüssels zu verwenden.

¹ vgl. Kathrin Bock-Famulla, Anne Münchow, Jana Frings, Felicitas Kempf, Julia Schütz (2019): Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2019. Verlag Bertelsmann-Stiftung.

² Vorlage des Landkreises zum Jugendhilfeausschuss am 11.06.2020

³ Vorlage des Landkreises zum Jugendhilfeausschuss am 11.06.2020